

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 22. bis 23. September 2019 in Saarbrücken

Beschluss

Keine Negativzinsen für Guthaben von Privatkunden unter 100.000 Euro

Die Europäische Zentralbank bewegt sich mit ihrer Nullzinspolitik und Negativzinsen für bestimmte Einlagen von Geschäftsbanken am Rande ihres Mandats zur Wahrung der Geldwertstabilität. Durch ihre aktuellen Entscheidungen nimmt sich die EZB geldpolitische Spielräume, die sie bei einem möglichen Konjunkturabschwung oder gar einer Rezession bräuchte. Mit der Wiederausweitung ihrer Ankaufprogramme für Unternehmensanleihen nimmt sie weitere Risiken in ihre Bilanz auf. Mit ihren Maßnahmen stützt die EZB überkommene Strukturen in den Euro-Krisenstaaten, statt die richtigen Anreize für die erforderlichen Reformen und für den notwendigen Abbau von Risiken zu setzen.

Eine nachhaltige, zukunftsorientierte Reformpolitik ist der Schlüssel zu einer Erholung in den Krisenstaaten, aber nicht in erster Linie die Geldpolitik. Die EZB ist auf dem Weg, den mit der Bankenregulierung erreichten Stand an Marktstabilität zu konterkarieren, der unter großen Belastungen für die deutschen Kreditinstitute und Verbraucher erarbeitet wurde. Die geldpolitischen Bemühungen der EZB haben sich nicht im gewünschten Ausmaß auf die Kreditvergabe an Unternehmen ausgewirkt.

Das Übergreifen der Negativzinsen auf immer mehr Märkte ist ein Krisensignal und droht einen substantiellen Vertrauensverlust in die Geldpolitik zu befeuern. Insbesondere wenn Geschäftsbanken die Negativzinsen auch an Privatkunden weitergeben, werden nicht nur Sparanreize genommen. Damit steht die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten auf dem Spiel. Schon jetzt hat die Zinspolitik der EZB erhebliche negative Auswirkungen auf die private Altersvorsorge in Deutschland. Ein Ausweichen auf andere Vermögenmärkte ist bereits festzustellen und droht eine Blasenbildung am Immobilienmarkt nach sich zu ziehen, die schon bei der letzten globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine der Hauptursachen war.

Vor diesem Hintergrund fordern die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher:

- Die EZB muss dringend ihre Null- und Negativzinspolitik überprüfen und die Weichen zur Rückkehr zu einer konventionellen Geldpolitik stellen.
- Wir sehen in der andauernden Null- und Negativzinspolitik einen massiven Angriff auf das Drei-Säulen-System der deutschen Kreditwirtschaft. Die zunehmend existenzielle Bedrohung des deutschen Banken-, Sparkassen- und Versicherungssystems muss im Interesse eines leistungsfähigen Kreditangebots insbesondere an den Mittelstand und die Bürger abgewendet werden. Daher ist jede weitere Regulierung mit Augenmaß und der Prüfung einer möglichen Entlastung für Kleine und Mittlere Kreditinstitute vorzunehmen.
- Die Länder tragen eine besondere Verantwortung für das Sparkassenwesen. Daher muss ein besonderes Augenmerk auf die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen und

Unternehmen der Finanzgruppe liegen. Auch dies kann dazu beitragen, den Kunden attraktive Finanzdienstleistungen zu bieten und keine Anreize zur Weitergabe von Negativzinsen der EZB zu setzen. Dies gilt in gleicher Weise für Genossenschaftsbanken.

- Das Vertrauen der Privatkunden in Sicherheit und Bestand der Einlagen ist ein hohes Gut für die Stabilität im deutschen Bankensystem, das nicht durch die EZB beschädigt werden darf. Deshalb fordern wir, umfassende Handlungsmöglichkeiten zu prüfen, die Negativzinsen für Guthaben der Privatkunden in Höhe der EU-Einlagensicherung bis zu 100.000 Euro ohne Eingriff in die Vertragsfreiheit entbehrlich macht.